

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 5. März 1879.

Nr. 108.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 4. März.

Präsident von Bismarck eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Hofmann, Dr. Friedberg, von Fabre du Faur.

Tagesordnung:

I. Erste Berathung der Ausgaben und Einnahmen 1877—78 u.

Dieselben gehen an die Rechnungs-Kommission.

II. Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder.

Staatssekretär Dr. Friedberg leitet die Debatte ein, indem er zunächst auf die Beschlässe der gesetzgebenden Körperschaften in den Partikularstaaten, sowie auf die vielen Stimmen in der Presse verweist, die sich sämmtlich gegen die Vorlage ausgesprochen haben, noch ehe der authentische Wortlaut, wie er sich nach den Beschlüssen des Bundesraths gestaltet hat, bekannt war. Die Angriffe haben sich seitdem allerdings wesentlich gemildert, sie haben auch in der Presse an Schärfe verloren. Die verbündeten Regierungen sind allerdings von der Ueberzeugung nicht erfüllt, daß der Gesetzentwurf zur Annahme gelangen werde. Wenn sie demungeachtet dem Hause diesen Gesetzentwurf unterbreitet haben, so sind sie dabei von folgenden Gründen geleitet: Daß einzelne Redner dieses Hauses sich Ausschreitungen haben zu Schulden kommen lassen, welche auch den Unwillen des hohen Hauses gefunden haben, ja sogar vom Präsidenten selbst als Provocation zum öffentlichen Ausbruch bezeichnet worden sind, ist bekannt. Der Gedanke, hier eine Remedur zu schaffen, ist auch vielfach besprochen worden, allein in einem Punkte ist das Haus gar nicht im Stande, Remedur zu schaffen. — Das ist die Bestimmung, daß nicht nur das hier gesprochene Wort für den Sprecher unantastbar bleibt, sondern, wenn es in objektiver Gestalt in die Presse übergeht, hier ebenfalls strafflos bleibt. Diese Bestimmung können Sie nicht ändern, wenn Sie nicht die Hilfe des Gesetzes in Anspruch nehmen wollen. Die verbündeten Regierungen haben keineswegs in die Autonomie dieses Hauses eingreifen wollen; sie glauben nur einen richtigen Schritt zur Besserung zu thun, wenn sie durch die Vorlage dieses Gesetzes die Möglichkeit gaben, die Autorität des Präsidenten zu stärken und dem Hause eine Jurisdiktionsgewalt über seine Mitglieder einzuräumen. Redner hofft, daß es denn noch möglich sein werde, zu einem Auswege zu kommen, der alle Theile gleichmäßig befriedigt.

Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg erklärt sich mit großer Entschiedenheit gegen die Vorlage, da der Reichstag in seinem Hause sein eigener Herr bleiben müsse. (Zustimmung.) Es müßte deshalb schmerzhaft berühren, daß von Seiten des Reichslanzleramts in dieser Weise vorgegangen ist und daß man nicht versucht hat, im Einverständnisse mit dem Reichstage die Schäden zu beseitigen, die ja allerdings vorhanden sind. Der Herr Staatssekretär Friedberg hat uns ja soeben selbst gesagt, daß die Regierung wenig Zurechtstufung habe für die Annahme dieses Gesetzentwurfs. Das hätte doch der Regierung selbst den Gedanken nahe legen sollen, die Angelegenheit dem Reichstage selbst zu überlassen. Ich weiß nicht, daß eine große Anzahl von Mitgliedern dieses Hauses, namentlich nach den Erfahrungen, die wir hier gemacht haben, sich bereit erklärt hätte, Remedur zu schaffen, und ich bin überzeugt, daß wenn von Seiten der verbündeten Regierungen eine Anregung hierzu an dieses Haus gelangt wäre, sich dasselbe kaum der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer solchen Remedur verschließen hätte. Ja ich gehe noch weiter und behaupte, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie den von mir bezeichneten Weg eingeschlagen hätten, viel mehr erreicht haben würden, als jetzt. Meine Freunde und ich erkennen durchaus die Lücke an, welche unsere Geschäftsordnung in dieser Beziehung enthält, ebenso erkennen wir die gefährlichen Bestimmungen der §§ 22 und 30 unserer Verfassungsurkunde an. Hier sollte Remedur geschaffen werden, aber ich kann mir nur zwei Wege denken, auf denen dies möglich ist, nämlich daß der Betreffende genöthigt wird, die Beleidigung öffentlich zurückzunehmen oder aber der Präsident erhält die Gewalt, Invektiven gegen Dritte nicht zu gestatten. Was die Bestimmungen der Verfassung anlangt, so bin ich überzeugt, daß, wenn

wir noch einmal dieselbe zu berathen hätten, wir schwerlich einen Artikel 22, wie er uns vorliegt, noch einmal beschließen würden. Redner ist der Meinung, daß jeder Redner dafür verantwortlich sein müsse, was von ihm in die Öffentlichkeit gelangt und daß, falls hier im Wege der Geschäftsordnung nicht Abhülfe geschaffen werden kann, dies im Wege des Gesetzes geschehen müsse. Die freie Diskussion dürfe dadurch in keiner Weise beschränkt oder geschädigt werden. Seine Partei werde deshalb in der zweiten Lesung eine Resolution einbringen, die versuchen wird, diese Angelegenheit in der von ihm angegebenen Weise zu regeln. Er hoffe, daß das ganze Haus dieselbe prüfen und eine Einigung über dieselbe zu Stande kommen werde.

Abg. Frhr. v. Heereman: Ich freue mich, diesen Gesetzentwurf auch vom Vorredner als unzulässig bezeichnet zu hören. Das ist aber der einzige Punkt, in dem ich ihm zustimmen kann. Nachdem die Vorlage in der Presse und in der öffentlichen Meinung eine so scharfe Kritik erfahren hat, nachdem sie sogar mit einem wenig ästhetischen Namen belegt worden ist, habe ich geglaubt, sie würde im Schooße des Bundesraths eine eben so entscheidende Theilnahme finden. Leider habe ich mich in dieser Hoffnung getäuscht. Zwar ist die Vorlage sehr verändert, aber sie ist doch aus dem Bundesrath herausgekommen und wir stehen jetzt vor derselben prinzipiellen Grundlage, vor welcher damals die einzelnen Landtage standen. Ich muß gestehen, daß ich erkaunt gewesen bin zu hören, wie der Herr Staatssekretär Dr. Friedberg die Vorlage zu rechtfertigen versucht hat. Darüber kann doch gar kein Zweifel sein, durch diesen Eingriff in die Freiheit des Reichstages wird die gesamte Nation mitbetroffen. Nach unserem Repräsentativsystem ist jeder einzelne Vertreter zugleich Vertreter des ganzen Volkes. Das ganze Volk ist nach unserer Repräsentativ-Verfassung ein einheitlicher Begriff und jeder einzelne Vertreter vertritt als solcher das ganze Volk. Der einzelne Vertreter muß deshalb unverletzlich sein, er muß das Recht haben — natürlich in anständiger Form — den Minister anzugreifen zu können. Ebenso müssen die Verhandlungen öffentlich sein und diese veröffentlicht werden können, das liegt in der Natur der Sache und ist ebenso eine logische Konsequenz unseres Repräsentativsystems. Das ganze Volk soll an der Regierung des Landes theilnehmen, denn es ist mit politischen Rechten ausgestattet. Deshalb muß es auch wissen, was hier verhandelt wird. Diese Vorrechte des Reichstages werden durch die Vorlage entschieden verletzt. Es wird die Freiheit der Rede und die Veröffentlichung der Verhandlungen in die Hand des Reichstages gelegt, also der Majorität desselben, und das widerspricht den Grundbedingungen des Repräsentativsystems. Der Majorität kann unmöglich das Recht eingeräumt werden, das Wahlrecht der einzelnen Wähler zu beeinträchtigen. Die Schranken der Rechtefreiheit, wie sie die Verfassung den einzelnen Faktoren der Gesetzgebung gegeben hat, dürfen nicht angetastet werden. Will man durch Gesetz von oben herab in die Rechte des Parlaments eingreifen, so dünkt man dadurch die Würde des Parlaments selbst herab, man verletzt dieselbe. Nach diesen prinzipiellen Gesichtspunkten ist die Vorlage für mich, da sie den Begriffen des Repräsentativsystems widerspricht, unannehmbar. Glaube die Regierung sich an schwach, um ein freies Wort vor dem Volke zu gefährdigen zu halten, dann muß die Verfassung überhaupt fort. (Beifall.) Die richtige Schranke für die Redefreiheit ist das patriotische Gewissen der Einzelnen. Das ist die naturgemäße innere Schranke. Eine äußere Schranke liegt in der Disziplin des Hauses selbst und fern in dem Entgegenstehen der Majorität. Wenn ein Einzelner zu weit geht, so wird dem Reichstage Genüge gethan durch die Ordnungs- oder Vorlesungs- oder durch den Widerspruch der Majorität. Ich setze von jedem Vertreter des Volkes voraus, daß er hierfür Empfindung besitzt. Wie das Gesetz prinzipiell zu verwerfen ist, ebenso ist es im Einzelnen praktisch unhaltbar. Was ist Ungebühr? Das ist ein Wort, welches kein Recht, sondern ein Parteilbegriff ist. Die Kommission, welche über die Ungebühr befinden soll, würde gewählt werden durch die Majorität. Was dabei herauskommt, hat die letzte Präsidentenwahl gezeigt. Es fällt Einem dabei der Rath der zehn von Benedikt ein. In der Majorität verurtheilten sich immer die Gerechtigkeitsgefühle sehr

leicht. Wo soll bei der Kommission das Recht der Minorität bleiben? Das Verfassungsleben muß entstehen, die Minoritäten gelangen nicht zur Geltung. Die Motive deuten an, daß das Gesetz zur Stärkung des Reichstages dienen soll. Das Warum ist absolut unverständlich. Es ist schon praktisch ein Unabding. Wie soll der Präsident z. B. wissen, ob Angriffe gegen Fremde Verleumdung oder Wahrheit sind. Die deutschen Institutionen haben von jeher einen Stolz in ihrer Selbstständigkeit gesehen; ich hoffe, der Reichstag wird denselben Stolz zeigen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Helldorf: Das Gesetz hat eine vorwiegend praktische Aufgabe und soll nur Ausschreitungen von Rednern entgegenstellen, welche das Wort zur Aufregung nach außen hin missbrauchen. Die Bedenken des Vorredners, daß es sich hier um eine außerhalb des Rechts stehende Bestimmung handle, sind unbegründet, denn es handelt sich um Vergehen in Ausübung des Berufes. Es kommen Exzesse vor, welche juristisch durchaus defektbar sind: Aufregung zum Aufruhr, Schwächung der Autoritäten. Unsere Geschäftsordnung ist zu schwach, dem dolothen Mißbrauch des freien Wortes muß ein Gesetz entgegengetreten. Was die Öffentlichkeit der Verhandlungen betrifft, so muß auch diese eine Grenze haben. Es liegt dem Reichstage doch sonst so fern, die Öffentlichkeit für alles Das, was in den Kommissionen und Fraktionen vor sich geht, zu beanspruchen. Um so mehr muß das, was effektiv Erzeugt ist, der Öffentlichkeit vorenthalten werden können. Die Öffentlichkeit ist ja eigentlich das Privilegium der Presse. In der Presse aber wird nicht die Ueberlegung und Entrüstung des Hauses richtig wiedergegeben. Hier muß Abhilfe geschaffen werden und ich glaube, daß der große Theil des Volkes eine Abhilfe wünscht. Die konservativen Parteien acceptiren die Vorlage in der vorhandenen Form nicht, aber sie theilen die Auffassung der Regierung und glauben, daß eine kommissarische Durcharbeitung die Vorlage praktisch brauchbar machen wird. Redner geht nun zu den einzelnen Bestimmungen der Vorlage über, um ihnen sachlich zuzustimmen, obwohl er sie für amendirbar halte.

Abg. Lafer: Seit den 12 Jahren, in denen wir hier sind, ist noch kein Wort gefallen, was einen Anschluß an dem Hause wünschenswerth gemacht hätte (Richt: Jawohl! Beifall links und im Centrum). Wenn es geschieht ist, so kann es nur von rechts geschehen sein (Marx: rechts). Ich behaupte aber, daß noch nie ein so schweres Wort gefallen ist seit zwölf Jahren, daß die Regierungsvorlage verständlich wäre. (Fürst Bismarck tritt ins Haus.) Seitdem die Sozialisten an den Verhandlungen Theil nehmen, soll nun auf einmal das gemeine Recht Mittel hergeben, um Uebel zu beseitigen, welche auf ganz anderem Boden entstanden sind. Höher haben bei den aufrechten Rednern die Befugnisse des Präsidenten ausgerichtet. Es klingt manches ganz anders in der Aufregung, als gelesen in der That ist. Vom Bundesrath sind oft die schwersten Beschuldigungen ausgesprochen. Fürst Bismarck hat einmal von Lüge gesprochen und nachher sich damit entschuldigt, daß, wenn es betraf, sei ja nicht im Hause. (Beifall und Gelächter.) Warum nun eine Verfassungsänderung? Keine Silbe ist in den Motiven von einem konkreten Fall die Rede, eben darum, weil man keinen finden konnte. Was nun die Öffentlichkeit betrifft, so ist es noch nie gehört worden, daß ein Richter in Ausübung seines Berufes darum bestraft ist, weil er zur Begründung seiner Anklage beleidigende Äußerungen gebrauchte. Auch hier im Hause will Niemand nur beleidigen, sondern an eine beleidigende Behauptung eine weitere Begründung und Schlussfolgerung knüpfen. Ist aber eine bloße Injurie ausgesprochen, so ist der Präsident mächtig genug, um den Ordnungsruf zu verhängen. Das Parlament kann nicht immer im Augenblick die Tragweite einer Äußerung absehen, und die Annahme der Vorlage ist einfach eine Vernichtung der Redefreiheit in ihrem ganzen Umfange. Die Verhältnisse haben sich seit dem Norddeutschen Bunde nicht so geändert, daß wir jetzt die Freiheit nicht mehr ertragen könnten, ohne die öffentliche Ruhe zu gefährden. Die Ausländer haben über den Reichstag das Urtheil gefällt, als könne man sich gar nicht aufregen, das deutsche Parlament mache den Eindruck einer Senatoren-Versammlung. (Große Heiterkeit.) Die Motive weisen auf das Ausland hin und weisen dort ähnliche Bestimmungen nach. Man muß immer gegen solche Argu-

mente misstrauisch sein. Redner behauptet, daß das, was über England gesagt ist in den Motiven, das absolute Gegentheil von der Wahrheit ist (Beifall). In England kann ein Mitglied ausgeschlossen werden, wenn es außerhalb des Hauses sich unwürdig geigelt hat. In diesem Jahrhundert sind 2 Ausschließungen vorgekommen. In einem Falle lag gemeine Börsenspekulation, im andern Betrug oder Verräthlichkeit vor. Das ist ganz etwas Anderes, das heißt weiter nichts, als daß das englische Parlament das Recht hat nach Analogie des sonstigen gemeinen Rechts, ähnliche Vergehen seiner Mitglieder zu bestrafen. Ich komme jetzt zu der Frage der Autonomie des Reichstages. Das ist keine Rechtsfrage oder ein Ehrenpunkt, sondern sie ist unentbehrlich für den parlamentarischen Beruf. Die viva vox kann nur ertragen die viva lex, die verkörpert ist in der Person des Präsidenten. Der Präsident kann aber nicht Deklarationen eines geschriebenen Gesetzes geben. Es kommt häufig vor, daß ein Redner formell die Grenzen der Redefreiheit überschreitet, materiell aber vollständig Recht hat. Das ist in der mündlichen Diskussion unvermeidlich und erfordert Nachsicht. Man kann darüber streiten, ob diese Vorlage eine Erweiterung der Rechte des Parlaments enthält, aber sie enthält sicherlich eine Einschränkung der Befugnisse des Präsidenten. Sie zieht ihn von der Höhe seiner Stellung zur verantwortlichen Partei herab. Glauben Sie, daß ein Präsident noch einen Tag seine Geschäfte fortführen kann, wenn die Kommission entweder eine von ihm mit Arrest belegte Rede freigibt oder eine Rede, die er hat ungerügt passiren lassen, nachher auf Antrag von 20 Mitgliedern mit Censuren belegt. Ich will die Frage nicht gerade zu einer empfindlichen Fesselung; der Reichslanzleramtspräsident behauptet, der Gesetzentwurf finde vielleicht Empfindlichkeit im Hause, weil diese Vorschläge von oben herunter gekommen seien. Ich meine aber, Regierungsvorlagen kommen nicht von oben herunter, sondern ein berechtigter Faktor legt sie dem andern vor; eine Empfindlichkeit ist also nicht möglich. Aber wenn etwas Ähnliches angenommen wird, wie diese Paragraphen, so haben wir selbst die Gleichheit zwischen dem Bundesrathmitgliedern und uns gesetzlich auf. (Sehr richtig! links.) Sollte die Geschäftsordnung sich als unzureichend erweisen in den Waffen, die sie dem Präsidenten zur Ueberwachung der Verhandlungen bietet, so werden ich und viele meiner Freunde gewiß zu einer Revision bereit sein. Aber ein Bedürfnis zur Abänderung der Verfassung finden wir nicht, sondern halten die autonomistische Regelung des Geschäftsganges durch den Reichstag nicht bloß für eine äußere, sondern für eine innere Nothwendigkeit, die eine Beschränkung nicht erduldet. (Lebhafter Beifall links; Zischen rechts.)

Reichslanzler Fürst Bismarck: Ich habe keinen Anlaß, so tief und eingehend wie der Herr Vorredner mich auf die Vorlage selbst einzulassen, da ich sie wesentlich als eine innere Angelegenheit des Reichstages betrachte, sich von den Mitteln, welche die Regierung ihm darbietet, um seine eigene Würde, seine Jurisdiktions, seine Macht zu stärken, dasjenige anzueignen, was ihm gefällt. Das Sie ablehnen, nun das wird ja nicht Gesetz, es wird aber die Zeit kommen, wo Sie die Vorlage in milderem Lichte betrachten und die Regierung zu einer Erneuerung auffordern. Ich muß aber doch dem Vorredner auf Einiges erwidern, namentlich in Bezug auf den letzten Accent, mit dem er die Tribüne verließ, nämlich, daß durch Annahme dieser Vorlage die Gleichheit, die Parität zwischen den beiden Körperschaften, dem Reichstage und Bundesrath, gestört wurde. M. H., diese Gleichheit existirt ja aber gar nicht; wir gehören ja gar nicht zu der privilegierten Klasse, zu den oberen 400; wir (der Bundesrath) sind die misera plebs, die unter dem gemeinen Recht steht (Große Heiterkeit), und ich wende mich, daß ein so großer Rechtskenner wie Herr Lafer diesen Zustand so ganz zu ignoriren scheint. Ich habe mich früher auch wohl diesem popularen Irrthum hingegen, seit ich aber vom praktischen Gesichtspunkte her kommen habe, der Sache näher zu treten, habe ich gefunden, daß wir gar nicht geschützt sind gegen irgend welche Anklage auf Grund des gemeinen Rechts (Heiterkeit) und seitdem bin ich viel vorsichtiger geworden in meinen Äußerungen. (Große Heiterkeit.) Der Vorredner hat dann verschiedene Beispiele, namentlich auf meine Kosten, angeführt, z. B. daß ich irrthümlich in der Meinung es sei ein Fremder im englischen Sinne, eine Behaup-

tung als Lüge qualifiziert und sie sofort zurücknahm, so wie ich merkte, daß es ein Abgeordneter sei. Ich habe damals diesen Vorwurf der Lüge gemeint gegen Jemand draußen außerhalb des Hauses zu richten, dem habe ich ja Rede zu stehen vor dem Richter, wenn er mich verklagt, und insofern hat Herr Laaker auch nicht Recht, sich über den Ausdruck, den mein Herr Kollege gebraucht zu haben scheint — „Gefessvorlagen von oben“ — zu beklagen; ich erkenne be-
schelden an, sie kommen von unten. (Große Heiterkeit.) Dann hat der Abgeordnete in der Zeit, wie ich kam, sich gegen das Geseß gewendet, als begien wir Besprechungen von einer Aufforderung zum Auf-
ruhr, die innerhalb dieser Mauern erfolgt. M. H. Das berührt uns gar nicht, und so ängstlich sind wir noch nie gewesen, daß wir glaubten, die ehren-
werthen Herren würden uns in eine körperlich ge-
fährliche Situation bringen. (Stürmische Heiterkeit.) Das steht auch nicht zu befürchten, sondern der
Zweck der Vorlage ist ein dreifacher: Wahrung der
Würde des Reichstags, Schutz gegen Beleidigungen
und Beschränkung von Agitationen, die auf dem
Privilegium des Art. 22 der Verfassung, auf dem
Privilegium der unanfechtbaren Veröffentlichung be-
ruhen. Wenn ich in Bezug auf die Vorlage vom
ersten Anfang an irgend eine Meinungsverschieden-
heit hegte, so war es die Einsetzung einer Kommit-
tion; mir hätte es besser gefallen, wenn jederzeit
das Plenum die erkennende Behörde wäre. —
Es ist des Weiteren durchaus notwendig ein Schutz
der Mitbürger gegen einen Mißbrauch der Rede-
freiheit. Der Ordnungsruf ist ja eine erfreuliche
Benutzung für den Betroffenen, wesentlich als
ein richterliches Strafkenntnis von 15 Mark.
(Heiterkeit.) Weiter hat die Regierung die Veran-
derung der Provokationen zur Vorlage gedrängt,
daß Reden ausdrücklich dazu gehalten sind, über das
Haus hinweg im Lande ihre Wirkung zu üben. Es
liegt mir ein Fall hier vor, wo der Abg. Haselmann
durch Ordnungsruf des Herrn Präsidenten ganz ge-
nügt zur Befriedigung des Hauses zur Ruhe ge-
bracht worden ist. Der Herr Präsident charakteri-
sierte die fragliche Äußerung als „nahezu angren-
zend an direkte Provokation zum Aufbruch.“ — Ich
glaube, das war sie schon (Abg. Debel: Nein!)
und welchen Eindruck machte der Ordnungsruf auf
Herrn Haselmann? Er nahm das Wort weiter und
sagte: „Ich provociere nicht, ich ziehe den Weg des
Friedens vor. Aber ich wiederhole, ich bin auch
bereit, mein Leben zu lassen, und nochmals sage ich:
Das ist Blomard vergessen den 18. März 1848 nicht!“
Das ist also eine Fortsetzung derjenigen Tendenz,
die der Präsident noch eben so milde charakterisiert
hatte. Hier im Hause kann ja kein Aufruhr ent-
stehen, aber die Agitation ist gefährlich, sie weiß genau
das Maß zu finden, wo der Reiz vollständig ist
und er verbreitet werden darf, die betreffenden Stel-
len werden mit fetter Schrift gedruckt, es wird im
hunderttausenden von Exemplaren über das Land ver-
breitet. Wegen einer solchen Verbreitung von Reden soll
das Geseß Abhilfe bringen. Freilich die Tem-
peratur in Bezug auf die sozialistische Frage ist,
wenn ich zurückdenke an die Zeit der schweren Li-
tentate, immerhin eine wesentlich abgekühltere ge-
worden, gewiß nur äußerlich, das Maß von Ent-
schiedenheit, mit dem die Regierungen glaubten auf
den Bestand des Parlaments rechnen zu können in
dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der ja mit
dem zwei Jahre geltenden Geseße nicht abgethan ist
— es hat eine Täuschung bei der Regierung statt-
gefunden, wie hatten auf energischeren Bestand ge-
rechnet. Wir sind nicht der Meinung, daß dieser
Kampf erledigt ist, ich brauche bloß auf die Wahl
in Breslau zu deuten. Die Organisation war bei
der Sozialdemokratie dieselbe. Unsere Hoffnungen
auf eine weitere wirksame Durchführung des So-
zialistengesetzes haben einen schweren Stoß erlitten,
und ich bin ziemlich mühselig, eine Sache fortzu-
führen, die ich nicht ohne Parlaments-Majoritäten
durchführen kann. Wie weit Sie mit diese Ihre
Hülfe leisten wollen, ist ja Ihre Sache. Ich sehe
aber keinen nachhaltigen Erfolg, wenn nicht die Ma-
jorität des Hauses die Hand dazu bietet, auch auf
die übrigen Institutionen die Konsequenzen des So-
zialistengesetzes zu ziehen. (Hört!) Dazu gehört
auch die uns heute beschäftigende Frage, in so weit
sie die Möglichkeit geben soll, die richtigste unan-
fechtbare sozialdemokratische Agitation von der Par-
lamentaristik abzuheben, muß ich konstatieren, daß diese
Hand nicht angenommen ist. Es ist gesagt wor-
den, ich hätte doch 1870 der Verfassung zuge-
stimmt. Ja, meine Herren, damals hatte ich das
Bedürfnis, die junge und zarte Pflanze der deut-
schen Einheit auf jede Weise und mit allen Mit-
teln zu pflegen und deshalb habe ich Manchem zu-
gestimmt, was von meiner politischen Überzeugung
weit abliegt. Das deutsche Reich mußte damals be-
gründet werden. Deshalb habe ich damals viele
Konzeßionen gemacht. In meiner Stellung wäre
Eigensinn unter Umständen ein Verbrechen gewesen.
Der Abg. Laaker sagt, das englische Parlament
kann kein Mittel, um die Veröffentlichung von Re-
den auszuschließen. Das ist doch der Fall, durch
die einfache Bemerkung „Herr Sprecher, ich erkläre
Fremde.“ Ich erkläre hier auch viele Fremde
(Heiterkeit), aber darauf aufmerksam zu machen,
würde nicht die Wirkung haben wie in England
(erneute Heiterkeit). Sogar wir haben auf amtliche
Anfragen über die Verhandlungen der nächsten drei
Stunden nichts Authentisches erfahren können. Also
die Möglichkeit der Unterdrückung von Reden ist
gegeben, die außerhalb des Hauses zünden sollten,
gegeben in der Zuverlässigkeit derjenigen Abgeord-
neten gegenüber den Interessen ihres Vaterlandes.
Ich möchte Sie also nur bitten, daß Sie diese un-
sere Vorlage nicht ganz ausschließlich als eine solche

betrachten, welche gegen Unordnungen, die in Al-
gemein in unserem Parlamentarismus eingebrissen
wären, gerichtet sei. Wenn auch einige Redner an-
deren Parteien mitunter sehr unangenehme Worte
sagen, so halte ich sie doch in ihrer Wiedergabe in
keiner Weise für gefährlich; aber die sozialistische
Agitation ist etwas ganz anders eine Agitation, die
sich an die urtheillosen Massen wendet, deren Be-
gehrlichkeit durch den Nothstand und unzureichbare
Beisprechungen angeregt ist. Dazu das Mittel, das
gesetzlich unanfechtbare Mittel abzuschneiden, war
Hauptzweck dieses Geseßes, und unsere Frage an
Sie ist: Wollen Sie uns in dem auf die kurze
Zeit von zwei Jahren beschränkten Kampfe gegen
die gefährlichen Tendenzen — nicht gegen die un-
gefährlichen — des Sozialismus ferner mit der
Energie beistehen, auf die wir Hoffnung hatten zu
den Zeiten der Wahlen und der Attentate, oder ist
die Gefahr durch das augenblicklich wohlüberlegte
Schweigen und Wohlverhalten der Sozialisten Ihrer
ansiehend schon so fern gerückt, daß Sie glauben,
die Regierung mit ihrer Bitte um Beistand nach
dieser Richtung hin im Stich lassen zu können?
Verlangen Sie nur nicht von uns, daß, wenn wir
im Amte bleiben sollen, die Frage mit dieser ein-
zelnen Ablehnung für uns erledigt sei! Wir müs-
sen auf diesem Wege weiter zu kommen suchen. Wir
sind bereit, als Mitglieder der Regierung dar-
über unsere eigene Überzeugung zu haben, so gut
wie irgend ein Abgeordneter und wir wären schlechte
Patrioten, wenn wir anders als nach pflichtmäßiger
Überzeugung handeln wollten. (Beifall rechts, Al-
schen links und im Centrum.)
Abg. v. Kleist-Repow spricht für das
Geseß, das er an eine Kommission zu verweisen
bittet.
Hierauf wird die weitere Debatte vertagt.
Die Sitzung schließt nach einer persönlichen
Bemerkung des Abg. Laaker.
Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be-
rathung, Wahlprüfungen.
Schluß 4½ Uhr.
Provinzielles.
Stettin, 5. März. Gegen die Verwendung
von beschriebenen und bedrucktem Papier zum Ein-
wickeln von Eßwaaren wird jetzt aus Gesundheits-
rücksichten an manchen Orten lebhaft agitiert. Man
weist darauf hin, daß namentlich Papier ein sehr
günstiges Uebertragungsstoff für ansteckende Krank-
heiten aller Art darstellt und gebietet zunächst bei
den Behörden dahin vorzulegen zu werden, daß repo-
nirte Alten und dergleichen nur zum Einsampfen
verkauft werden.
— Dem Lehrer Witt zu Semlow im Frank-
furter Kreise ist der Adler der Inhaber des hohen-
zollernschen Hausordens verliehen.
— Die „Bommersche Eisengießerei- und Ma-
schinendau-Altien-Gesellschaft zu Straßund“ ge-
währt ihren Aktionären pro 1878 eine Dividende
von 2 pCt.
— In der Nacht vom 1. zum 2. Nov. v. J.
brach in einer Küche des zweiten Stockwerkes in
dem Hause Grenzstraße Nr. 11 Feuer aus, durch
welches die Dielen und die Balkenlage theilweise
zerstört wurde und ein Schaden von ca. 300 M.
entstand. Der Verdaht, diesen Brand verursacht
zu haben, lenkte sich auf die unverheiratete Friede-
rike Aug. Wilhelmine Maas, welche damals in
einem neben der betreffenden Küche belegenen Zim-
mer gewohnt hatte. Dieselbe lebt zu, am 1. No-
vember ohne Erlaubnis auf dem Heerde der Küche
Feuer angemacht und Räben gekocht und sich sodann
entsetzt zu haben, ohne das Feuer zu verlöschen.
Dieselbe war deshalb in der heutigen Sitzung der
Kriminal-Deputation wegen fahrlässiger Brandstiftung
angeklagt und wurde zu 3 Wochen Gefängnis ver-
urtheilt.
Demnach betrat ein Beschüßer von Lederlügen
Dirnen, der Fleischergehilfe Emil Rob. Ferd. Se-
verin aus Grabow die Anklagebank, angeklagt der
körperlichen Mißhandlung und des Widerstandes ge-
gen die Staatsgewalt. Als am Abend des 12.
Nov. v. J. der Revierwächter am Kohlmarkt zwei
sich prügeln die Dirnen auseinander bringen wollte,
erhielt er plötzlich von Severin, welcher der feste
Begleiter einer derselben war, mehrere wichtige
Stöße über Schulter und Hand. Als er des-
halb der Severin zur Wache bringen wollte, entließ
dieser, wurde aber in der Wache eingekerkert und
widerlegte sich seiner Verhaftung auf das Fest-
igste. Deshalb trifft Severin eine Gefängnisstrafe
von 4 Monaten, auch wird seine sofortige Verhaf-
tung verfügt.
Der Arbeiter Aug. Friedr. Wilg. Red, wel-
cher am 27. Juli v. J. den 10jährigen Knaben
Georg Zimmermann, als dieser auf dem Baumarkt
ruhig spielte, ohne jede Veranlassung mit einem
Messer schlug, wird mit 3 Wochen Gefängnis
bestraft.
Cammin, 4. März. Ein Akt der größten
Gemeinheit ist in der Nacht zum 26. Februar in
der Kirche zu R. m. i. verübt worden. Die Freu-
ler haben die Thüre erbrochen und in der Kirche
mehrere zum Gottesdienste gehörige Gegenstände
(u. A. auch die Bibel) auf sehr gemeine Weise be-
schmutzt. Außerdem ist auch ein Diebstahl an Leuch-
tern und anderen der Kirche gehörigen Sachen ver-
übt worden. Vom Gemeinde-Rathsrath daselbst
wird demjenigen, welcher die Thäter ermittelt, eine
Belohnung von 50 M. zugesichert.
Greifswald, 4. März. (Ausstellung von
Vögeln, Geflügel, Säugethieren, Fischen und Ge-
räthschaften verschiedener Art. Für unsere am 7.
bis 9. h. stattfindende, vom Baltischen Central-
verein für Naturgeschichte und Thiergeschichte veranstaltete
Ausstellung sind allein über 200 Paar Tauben,

über 160 Stämme Hühner und 55 Paare mehr
als zu der vor zwei Jahren ebenfalls gelangenen
Ausstellung angemeldet worden. Die Sing- und
Ziervögel sind gleichfalls sowohl der Zahl, als auch
den Arten nach in weit größerer Menge vertreten.
Ebenso wird die Fischerei-Ausstellung ein über-
raschendes Bild der Reichhaltigkeit bieten. Der
Ausstellungskatalog wird um einen ganzen Druck-
bogen stärker, als im Jahre 1877 erschienen.
Unter solchen Umständen geben die zu treffenden
weiteren Arrangements dem Ausstellungs-Komitee
zu manchen Erwägungen Veranlassung. Die an-
fänglich in Aussicht genommenen ohnedies schon
großen Ausstellungsräume im „Greif“ reichten nicht
aus, es mußten dieselben erweitert werden, und von
der ornithologischen Gesellschaft in Stralsund wurde
noch eine größere Zahl von Tauben- und Hühner-
käfigen leihweise erbeten. Fast ganz Deutschland
wird auch zu dieser Greifswalder Ausstellung die
vorzüglichsten Züchtungsprodukte und Sachen ent-
senden, — es wird dies in der That eine in ihrer
Art großartige und ausgezeichnete Schau sein, deren
Besuch allen Freunden der Natur auf's Ange-
legentlichste empfohlen werden kann. — Die Aus-
stellung der großen Seefische dauert nur einen Tag,
nämlich Freitag, den 7. März.
Aus dem Amt Rügenwalde. Schon bei
Erbauung der Bahn Cöslin-Stolpe mußte unsere
im ganzen Amte am dichtesten bevölkerte Gegend
bedauern, daß nicht bei dem unmittelbar am Bahn-
körper liegenden Dorfe Wied ein Bahnhof errichtet
wurde. Alle Besuche dahin waren erfolglos. Da
hat nun unter dem 15. v. Mts. die k. k. Di-
rektoren der Ostbahn zu Bromberg auf ein wieder-
holtes, von den Vorstehern der zunächst interessirten
Gemeinden unterzeichnetes Petition, das dem Herrn
Handelsminister überreicht worden war, den
Gemeinden die erfreuliche Mittheilung gemacht,
daß zwar eine formelle Haltestelle nicht hergerichtet,
wohl aber an dem gewünschten Punkte, nämlich bei
Wärterhaus 123 der gedachten Bahn ein Erd-
perron angebracht und dem Personenvieh Gelegen-
heit gegeben werden solle, Morgens und Abends
mit je 2 Zügen ein- und aussteigen zu können.
Schon hiermit ist in unserer Gegend einem großen
Bedürfnis Genüge geschehen, und es ziemt sich
wohl, allen hohen Behörden, die sich unserer so
wohlwollend angenommen, öffentlich Dank auszu-
sprechen. Gleichzeitig geben wir uns jedoch der
freudigen Hoffnung hin, daß das angefangene Werk
bald mit Einrichtung eines Bahnhofes an beregter
Stelle gekrönt werden werde. Daß dasselbe an
dieser Stelle sich jederzeit rentiren und profitabel
sein würde, möchten wir arithmetisch beweisen.
Bermischtes.
— (Ein Roman aus dem Leben.) Der „Cor-
riere del Mattino“ bringt folgende nachträgliche
Ereignisse zu dem auch von uns gemeldeten Vor-
fall aus Neapel, nach dem sich eine alte Bettlerin
plötzlich als junges Mädchen entpuppte. Der Vater
der Rosa del Prete war Ober-Krankenwärter der
chirurgischen Abtheilung beim Spital der Unheilbaren
in Neapel. Er war ein ehrenhafter Mann, dessen
Tod bei seinen Kollegen viel Bedauern erweckte und
seine Familie, welche in sehr bedrückten Verhältnissen
zurückblieb, erhielt eine unentgeltliche
Wohnung im Spital angewiesen. Trotzdem begann
aber dieselbe auf einmal einen Aufwand zu machen,
der Alle in Erstaunen setzte, welche sie kannten.
Die Nachbarschaft wachte sich die Sache nicht zu er-
klären. Zwei Schwärmer des geheimnißvollen Mäd-
chens, von dem die Rede ist, traten als Nothzen
in das Kloster von Castellamare. Nachstehende ver-
bieten die Gründe anzugeben, weshalb sie aus dem-
selben ausgesprochen wurden. Ungeachtet dessen woll-
ten sie vom weltlichen Leben nichts wissen, führten
ein Leben als Beschwoerern und brachten ganze Tage
bei Beschwörern zu, führten jedoch dabei ein lü-
derliches Leben und schwelgten des Abends mit ihren
Freunden. Ein Bruder derselben war verheirathet,
hatte sechs Kinder. Er starb in Armut und
seine ohne Unterstützung zurückgebliebene Witwe wen-
dete sich vergeblich an ihre gottesfürchtigen Be-
rathenden und konnte keinen Pfennig von ihnen er-
halten. Da sie nun von dem unwürdigen Treiben
ihrer dritten Schwägerin Rosa, womit diese eine
ganz andere Persönlichkeit war, Kenntniß erhielt, zeigte
sie den ganzen Sachverhalt bei der Polizei an und
daß war der Grund, weshalb zur Verhaftung der
vermeintlichen hinfälligen Bettlerin geschritten wurde.
Diese hatte förmliche Kunden in den Kirchen, Ma-
gazinern und Kaffeehäusern, welche ihr jeden Tag
einige Gold gab. Im Dr. Spital erhielt sie
täglich 20 Lire. Das erklärt den mysteriösen
Lebens. Es war eine Rente von nicht weniger als
7200 Lire, welche jährlich in dieses „Heilige Haus“
floß. Einer ihrer Wohlthäter erzahlte folgendes De-
tail: Er hatte eine achtzigjährige Mutter, eine gute
wohlthätige Frau, und als diese im verflochtenen
Winter von ihrem Balkon in die Toledo aus die
falsche Bettlerin vorbeiziehen sah, schickte sie ihren
Kammerdiener hinauf, der nach dem Namen der
Unglücklichen erkundigen sollte, weil sie die Absicht
hatte, dieselbe in einem ihr gehörigen Häuschen
einer Unterkunft anzuweisen. Die Bettlerin antwor-
tete jedoch auf alle Fragen nur mit ihrem gewöhn-
lichen stillen Schlingen. Da die gute Dame
dieses zweigen dem Widerrathen zuschrieb, einen
vielleicht bekannten Namen auszusprechen, so bestand
sie nicht weiter darauf und ließ fortan jeden Son-
abend der sogenannten „Alten“ fünf Lire und eine
gute gute, alten Weines verabreichen. Dies
dauerte bis in die erste Woche des laufenden Mo-
nats Februar.
— Der Diätarier Johann Fierler in Wien,
welcher den Hausfrier Jakob Schmid durch die Be-

zeichnung „Bagege“ beleidigt hat und deshalb vor
diesem verurtheilt worden war, vertheidigte sich heute
vor dem dortigen Bezirksgerichte in origineller Weise.
Er hatte einen Band des Meyer'schen Konversa-
tions-Lexikons mitgebracht, schlug denselben auf und
erklärte dem Richter: „Hier steht ausdrücklich: „Ba-
gege“ heißt Heidegasse.“ Dieses Wort enthält also
keine Beschimpfung!“ Die originelle Verantwor-
tung nützte dem Angeklagten nicht viel. Er wurde
zu einer Geldstrafe von 5 fl. verurtheilt.

Telegraphische Depeschen.

Kassel, 4. März. Der hessische Wirtschafts-
verein hat beschlossen, eine Zustimmung-Adresse
an den Reichskanzler bezüglich der Steuerreform zu
richten.

Frankfurt a. M., 4. März. Die Anmeldun-
gen bei dem Bankhause Rothschild auf die neue
würtembergische Anleihe übersteigen den aufgelegten
Betrag so bedeutend, daß es sich bei der Zuteilung
nur um Fraktionen der gezeichneten Summen han-
delt.

Wien, 4. März. Die „Bohemia“ meldet:
Die Kommission für die Verwaltung Bosniens sei
bereits besetzt und die Verwaltung des Reichs-
finanzministers Hoffmann unterstellt worden.

Die Reise des Kronprinzen nach Spanien
wird nach seiner Ernennung zum General statt-
finden.

Aus Lirnowa wird gemeldet: Ein Agent des
Fürsten Bibesco ist angelangt, behufs der Verlei-
hung der Kandidatur desselben für den Thron von
Bulgarien. Die Beziehungen zwischen der gemäßig-
ten und der Fortschritts-Partei sind äußerst ge-
spannt. Die ostrumelischen Deputirten drohen mit
ihrer Abreise.

Wien, 4. März. Der Budget-Ausschuß der
Reichsraths-Delegation beschloß in seiner heutigen
Sitzung, dem gestern von dem Abgeordneten Sturm
eingebrachten Antrage gemäß, nach länger Debatte
die Ueberschneidung des 60-Millionen-Kredits um
41,720,000 fl. vorbehaltlich einer späteren Be-
schlußfassung über die Ergebnisse der Schlussrechnung
nachträglich zu genehmigen. Ferner wurde beschlossen,
die von der Regierung begeherten weiteren 5 Mill. fl.
pro November und Dezember 1878 nicht zu bewil-
ligen; der Zusatzantrag Vinquet's auf Bewilligung
dieser 5 Mill. war vorher mit 11 gegen 8 Stimmen ab-
gelehnt worden.

Brüssel, 4. März. Der Kassationshof hat
die in dem Prozesse Mint und Fortamps, von
denen der Erstere am 3. Dezember 1878 durch das
Schwurgericht zu Brabant zu 15 Jahren Zuchthaus
und der Letztere zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt
worden war, eingelegte Revisionsbeschwerden zurück-
gewiesen.

Paris, 4. März. Der Handelsminister Leprieux
ist zum Minister des Innern ernannt worden. Der
Ministerrat wird heute Abend zusammentreten, um
über die anderweitige Besetzung des Handelsministeriums
zu beraten.

Paris, 4. März. Die Nachricht von einem
bereits erfolgten Demissionsgesuch des Finanzministers
Leon Say ist unrichtig. Die in parlamentarischen
Kreisen verläutelt, beabsichtigt der Bonapartist Oscar
Ballot, in der heutigen Session des Finanz-
ministers wegen seiner Haltung in der Konvertirungs-
frage zu interpelliren.

Paris, 4. März. Wie hierher gemeldet wird,
verbreiten einige ausländische Blätter die Nachricht
von der Abreise der Insel Rhodus an Frankreich.
Von zuverlässiger Seite wird diese Nachricht als jeder
Begründung entbehrend bezeichnet.

Paris, 4. März. Die Interpellation des
Bonapartisten Oscar Ballot betreffend die Haltung
des Finanzministers Leon Say in der Konvertirungs-
frage, welche in der heutigen Sitzung des Senates
erwartet wurde, ist heute nicht eingebracht worden.
Da parlamentarischen Kreisen verläutelt liegt, dieselbe
werde erst am Freitag stattfinden, andere meinen,
Ballot habe darauf verzichtet, den Finanzminister zu
interpelliren, da er fürchte, in der Minorität zu
bleiben.

Der Ministerpräsident Waddington empfing
heute Vormittag eine Deputation Industrieller aus
dem Departement du Nord, welche über die indu-
strielle Krisis Bericht erstattete. Der Ministerprä-
sident erklärte, daß er sich eingehend mit der Lage
der Industrie beschäftige. Die ökonomische Situation
in Europa und in der ganzen Welt habe sich ge-
ändert. Die Regierung sei sich wohl bewußt, daß
die Verschärfung, welche sie zur Verbesserung der wirt-
schaftlichen Lage fassen müsse, außerordentlich wich-
tiger Natur sein; die Regierung werde bestrebt sein,
für die Industrie und die Arbeiterbevölkerung Frank-
reichs Sorge zu tragen.

St. Sebastian, 4. März. Bei einer Aus-
sicht des Prinzen von Wales wurden die Pferde
schon und zerbrachen den vorderen Theil des Wa-
gens. Der Prinz konnte den Wagen jedoch ver-
lassen, ohne einen Unfall erlitten zu haben.

London, 4. März. Unterhaus. Simon rich-
tete die Anfrage an die Regierung, ob dieselbe
beabsichtige, vor der Anerkennung der Unabhängig-
keit Serbiens und Rumäniens die erforderlichen
Maßregeln zur Ausführung der Artikel 34, 35 und
43, 44 des Berliner Vertrages betreffend die Gleich-
berechtigung aller Konfessionen zu verlangen. Schaf-
lanzier Northcote erklärte, daß dies die Absicht der
Regierung sei.

Petersburg, 4. März. Der neu ernannte
britische Botschafter, Lord Dufferin, ist hier einge-
troffen.

Der von hier abberufene französische Bot-
schafter Leslo hat das Band des St. Andreas-Or-
dens erhalten.